

}essentials{

Burkhard Wehner

Die politische Logik des bedingungslosen Grundeinkommens

Zum Bürgergeld im 22. Jahrhundert



Springer VS

Optimierung statt Maximierung – das Wirkungsspektrum des Bürgergeldes

4

So wenig wie die Höhe eines künftigen Bürgergeldes, so wenig könnte auch die Gestaltung der Sozialversicherungen, eines zweiten Arbeitsmarktes und eines eventuellen Mindestlohns für ein Bürgergeldsystem weit im Voraus bestimmt werden. Vorschläge hierfür können vorerst nicht mehr tun, als die Fantasie für die Möglichkeiten der Sozialpolitik im Bürgergeldsystem zu stärken. Genau darauf aber, auf das Vorstellungsvermögen für diese Möglichkeiten, wird es im politischen Prozess in Sachen Bürgergeld ankommen. Die politische Bereitschaft, für nachfolgende Generationen ein Bürgergeldsystem auf den Weg zu bringen, kann nur wachsen, wenn Bürger und politische Akteure sich das langfristige gesellschaftliche Veränderungspotenzial des Bürgergeldkonzepts wenigstens in den Grundzügen erschlossen haben.

Das Bürgergeld zielt nicht nur auf materielle Verteilungsgerechtigkeit ab, sondern auf soziale Gerechtigkeit in einem umfassenderen moralischen Sinn. Ein Bürgergeldsystem wäre einem herkömmlichen sozialen Sicherungssystem daher qualitativ auch dann deutlich überlegen, wenn es keine höhere materielle Mindestabsicherung gewährleistete. Dies ergibt sich schon daraus, dass die Zahlung des Bürgergeldes an keinerlei Voraussetzungen geknüpft ist. Dies beugt den Belastungen und Stigmatisierungen vor, die mit Bedürftigkeitsprüfungen unvermeidlich einhergehen. Bedürftigkeitsprüfungen bringen Einmischungen des Staates in private Lebensumstände mit sich, die von vielen als übergriffig und entwürdigend erlebt werden. Hiergegen richtet sich ein spontaner sogenannter Nichteinmischungsanspruch. Eine konsequent solidarische Gesellschaft würde diesen Anspruch bestmöglich respektieren, zumal solche Einmischungen gerade die Schwächsten bzw. Schlechtestgestellten ihrer Bürger treffen.

Auch vom bedingungslosen Grundeinkommen werden indes Varianten erörtert, die diesem Ziel entgegenstehen. Ein Solidarstaat könnte – z. B. um das

rechnerische Volumen der Umverteilung zu verringern – das einem Bürger zu zahlende Grundeinkommen mit dessen ggf. geschuldeter Solidarsteuer verrechnen. Der Staat würde dann erst einmal die Steuerschuld des jeweiligen Bürgers ermitteln, diese um das Grundeinkommen mindern und den danach ggf. anfallenden Überschuss auszahlen. Damit wäre aber ein essentieller Zweck des Grundeinkommens verfehlt. Denn ein gezahltes Bürgergeld wäre von anderer, nämlich höherer Qualität als eine gleich hohe Minderung der Steuerschuld. Eine Verrechnung von Bürgergeld und Steuerschuld wäre daher eine Systemvariante zum Nachteil der Bürger.

Mit dem „echten“, also tatsächlich bedingungslosen Bürgergeld gäbe der Staat das Signal: Hier bekommst du ein nicht aufrechenbares Sockeleinkommen, das dir in guten wie in schlechten Zeiten sicher ist. Eines, um das du nicht kämpfen oder streiten musst, mit keinem Sozial-, keinem Finanz- oder sonstigen Amt, mit keiner Renten-, keiner Arbeitslosen- oder sonstigen Versicherung. Das Bürgergeld ist daher nicht nur materielle Existenzsicherung, es hat u. a. auch die Qualität einer Risikoprämie. Es ist ein vorausseilendes Signal an alle Bürger, dass ihnen ein Mindestmaß an materieller Kontinuität lebenslang verlässlich gesichert ist. Es signalisiert: Ihr alle seid und bleibt auf dem gleichen, dem politisch höchstmöglichen Mindestniveau abgesichert. Das Bürgergeld ist insofern ein Stück lebensweltlicher Kontinuitätssicherung angesichts der oft bedrohlich erscheinenden Diskontinuität, die das Marktgeschehen in der Arbeits- und für die private Lebenswelt mit sich bringt. Damit ist es auch eine vorausseilende Kompensation für die Zumutungen, denen abhängig und selbstständig Beschäftigte in der Arbeitswelt ausgesetzt sein können. Es mildert und begrenzt damit auch soziale Abstiegsängste, objektiv begründete wie subjektiv empfundene. Aus anderer ideologischer Perspektive gesehen wäre das Bürgergeld insofern auch eine lebenslange Kompensation für die Zumutungen kapitalistischen Wirtschaftens.

Kontinuitätssicherung und Risikobegrenzung durch das Bürgergeld wirken positiv auf die Lebensqualität der Bürger, aber auch rein wirtschaftlich haben sie wichtige positive Effekte. Sie stärken die wirtschaftliche Risikobereitschaft, und sie stärken damit auch die Kreativität und den Mut zur Innovation. Dies gilt für alle wirtschaftlich aktiven Bürger, sei es als abhängig Beschäftigte oder als Selbstständige, als kleine oder mittelständische Unternehmer, als Dienstleister, Handwerker, Bauern oder Künstler oder in sonstigen Funktionen im Wirtschaftsleben. Wo aber Risikobereitschaft, Kreativität und Innovationskraft wachsen, macht dies die Wirtschaft insgesamt dynamischer und entstehen mehr Chancen für alle. Dies wiederum steigert die Wirtschaftsleistung und damit den allgemeinen materiellen Wohlstand.

Solche qualitativen Effekte gehen vom Bürgergeld als solchem aus, aber kaum geringer einzuschätzen ist der qualitative Effekt der Transparenz, die einem ausgereiften Bürgergeldsystem zu eigen wäre. Gerade in Sachen Umverteilung und sozialer Gerechtigkeit dient die Transparenz nicht etwa nur dazu, das System effizienter zu machen, es also im technokratischen Sinne zu optimieren. Die Transparenz würde auch verzerrten Wahrnehmungen von sozialer Ungleichheit und den damit verbundenen einseitigen politischen Einstellungen entgegenwirken, und sie würde damit ideologischer Verführung, populistischer Agitation und politischem Extremismus den Nährboden großenteils entziehen.

Dies wäre sicher nicht das Ende aller Verteilungskonflikte, aber vielleicht das Ende solcher irrationalen, die neben vielen anderen auch die Schlechtestgestellten zu Verlierern machen. Verteilungskonflikte würden sich vorrangig auf die Höhe des Bürgergeldes konzentrieren, und damit würden sie als friedliches, regelkonformes Ringen um politische Mehrheiten in dieser Frage ausgetragen. Dies würde die Bürger nicht nur Verteilungspolitik anders und mit weniger Verdruss erleben lassen. Es würde auch positiv auf das Politikerlebnis als ganzes ausstrahlen. Damit würde ein Bürgergeldsystem in seiner politischen Bedeutung weit über die Sozial-, Finanz- und Wirtschaftspolitik hinausreichen.

Die für diesen Effekt notwendige Systemtransparenz kann nur geschaffen werden, wenn die bestehende Ordnung von historischem Ballast befreit wird, wie er sich im bestehenden Sozialstaat aufgebaut hat. Dies ist nicht als einmaliger Akt mit einmaliger Wirkung zu verstehen. Wenn eine erstarrte intransparente Ordnung von einer nachhaltig transparenten abgelöst wird, dann schützt dies diese neue Ordnung zugleich nachhaltig vor neuer Erstarrung.

Dies macht die Transparenz, wie sie in einem Bürgergeldsystem beispielhaft verwirklicht wäre, zu einer politischen Systemeigenschaft von höchstem Rang. Sie sorgt für politische Rationalität, ein positives Politikerlebnis und für die künftige Reformierbarkeit der politischen Ordnung. Daher drängt es sich geradezu auf, ein Recht auf politische Transparenz als Grundrecht in künftige Verfassungen aufzunehmen. Wenn ein solches konstitutionelles Transparenzgebot einmal existierte, dann ließe sich daraus wiederum ein Gebot zur Einführung eines Bürgergeldsystems herleiten. Ein Grundrecht auf politische Transparenz könnte insofern ein Trojanisches Pferd sein, mit dem das Bürgergeldsystem in die Wagenburg einer erstarrten politischen Ordnung eingeschleust würde.

Es gibt zwei wirklich schwerwiegende Einwände gegen das Bürgergeldsystem, die einer fundierten Erwiderung bedürfen. Einer der Einwände richtet sich gegen den erwarteten Anstieg der Steuerlast und dessen Folgen. Er besagt, die Steuerlast würde in einem Bürgergeldsystem so stark ansteigen und Leistungsanreize und Investitionsbereitschaft würden dadurch so stark gemindert werden, dass die Wirtschaftsleistung und damit auch der unverteilbare Wohlstand erheblich zurückgingen. Mit dem unverteilbaren Wohlstand würde dann auch das Niveau der sozialen Mindestsicherung sinken.

Der andere wesentliche Einwand verweist auf direkte Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Empfänger von Bürgergeld, heißt es, könnten es sich leisten, nicht oder zumindest weniger zu arbeiten als im bestehenden Sozialsystem, und sie würden diese Möglichkeit in großem Umfang nutzen. Auch hierdurch würde die Wirtschaftsleistung und würde damit der unverteilbare Wohlstand gemindert, und auch dies lasse letztlich das Niveau der sozialen Mindestsicherung sinken. Das Bürgergeld würde also das Gegenteil dessen bewirken, was es bewirken soll, nämlich weniger statt mehr sozialer Gerechtigkeit.

Diese Einwände nehmen etwas für selbstverständlich, was alles andere als selbstverständlich ist: dass in einem Bürgergeldsystem tatsächlich ein so kontraproduktives Bürgergeldniveau politisch durchsetzbar wäre. Damit wird unterstellt, dass in einem Bürgergeldsystem weniger wirtschafts- und sozialpolitische Vernunft herrschen würde als im bestehenden System. Für eine solche Unterstellung gibt es natürlich keinerlei Grund.

Ebenso töricht wäre es andererseits, demokratischer Politik im Umgang mit einem künftigen Bürgergeld besondere Weisheit und Weitsicht zu unterstellen. Trotzdem gibt es durchaus gute Gründe, von einem Bürgergeldsystem erhöhte fachliche und moralische Kompetenz zu erwarten. Da ein Bürgergeldsystem erheblich einfacher und transparenter wäre als der herkömmliche Sozialstaat,

wären dort Ursachen und Wirkungen politischer Entscheidungen einander viel leichter zuzuordnen. Entscheidungen zur Ausgestaltung des Bürgergeldsystems könnten daher rationaler getroffen werden als vergleichbare Entscheidungen im herkömmlichen System. Entsprechend leicht wären daher negative Folgen solcher Entscheidungen vermeidbar.

Es gibt andererseits auch Skeptiker, die vom Bürgergeldsystem nicht ein Zuviel, sondern eher ein Zuwenig an Umverteilung erwarten. Auch dies beruht aber auf einer grundlosen Unterstellung. Hierbei wird als selbstverständlich angenommen, dass in einem Bürgergeldsystem die Politik moralische Orientierung verlöre und marktradikale Mehrheiten ein unzulängliches Bürgergeld und unzulänglichen Sozialversicherungsschutz durchsetzen würden. Begründungen für diese Unterstellung finden sich nicht. Dabei wird auch übersehen, dass das Bürgergeld per se schon als institutionalisierte Mahnung wirkt, gesellschaftliche Solidarität in Politik umzusetzen.

Solche Einwände gegen das Bürgergeld fänden weniger Beachtung, wenn zur Höhe des Bürgergeldes weniger voreilige und einseitige Quantifizierungen verbreitet wären. Verfechter des Bürgergeldes können sich solchen Einwänden daher leicht entziehen, indem sie sich mit solchen Quantifizierungen zurückhalten. Umso engagierter könnten sie dann damit werben, welche weiten neuen Gestaltungsspielräume das Bürgergeldsystem dem Sozialstaat eröffnet und wie viel einfacher und transparenter und wie viel leichter beherrschbar es in jeder denkbaren Variante wäre.

Es gibt nur ein Szenario, bei dem die Bürgergeldidee sich tatsächlich als ein politisch wertloses Theoriekonstrukt erweise. Wenn sich zeigte, dass nur bei einem geringfügigen Bürgergeld die Steuerlast erträglich bliebe und die Arbeitsanreize hinreichend intakt, dann wäre dieses Bürgergeld die Mühen einer Systemumstellung tatsächlich nicht wert. Dies ist aber ein rein theoretisches Szenario. Um den Vorteilen des Bürgergeldsystems das nötige Gewicht zu verleihen, brauchte das Volumen staatlicher Umverteilung keineswegs höher zu liegen als im herkömmlichen System. Im oben dargestellten Übergangsszenario, das nur die Nachgeborenen in das Bürgergeldsystem hineinwachsen ließe, wäre eine ungefähre Beibehaltung des vorherigen Umverteilungsvolumens ohnehin für viele Jahre die politisch naheliegendste und konsenstrichtigste Lösung.

Dabei könnte allerdings von Beginn an kontrovers diskutiert werden, ob Geld, das der Staat einem Bürger als Bürgergeld gibt und im Gegenzug als Solidarsteuer nimmt, dem Umverteilungsvolumen zuzurechnen ist. Dies ist ein Beispiel dafür, dass es in der Bürgergelddiskussion noch immer begrifflichen Klärungsbedarf gibt. Früher oder später wären darüber hinaus beim Übergang in ein Bürgergeldsystem viele staatliche Leistungen zu hinterfragen, die eine indirekte